

**Beschluss in der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) nach § 78 SGB VIII
„Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“
am 12.03.2018**

Fehlende auskömmliche Finanzierung gefährdet die Arbeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburger Bezirken

Mit der vorliegenden Stellungnahme warnt die LAG nach § 78 SGB VIII „Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit“ vor den Folgen beim Abbau der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) für die infrastrukturelle Unterstützung von jungen Menschen in den Hamburger Bezirken. Sie fordert die Fachbehörde auf, den Bezirken für die Arbeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eine auskömmliche Rahmenezuweisung zur Verfügung zu stellen, um der infrastrukturellen Gewährleistungsverpflichtung nach §11 SGB VIII nachkommen und die Ziele gemäß Globalrichtlinie GR J 1/16 vom 23.02.2016 umsetzen zu können.

Das Arbeitsfeld der OKJA als ein zentrales Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe wird zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Die LAG betont, dass es weder politisch noch fachlich dafür eine gute Begründung gibt.

Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (vgl. §1 SGBVIII).

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Umsetzung dieses Rechts und der Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen. Dieses gründet sich auf der Einzigartigkeit der Arbeitsprinzipien der OKJA, die nicht durch andere Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe oder durch die Schule ersetzbar sind. Im Gegenteil, deren Leistungen sind durch die Pädagogik der OKJA zu ergänzen. Durch ihren offenen, formlosen und kostenlosen Zugang für alle jungen Menschen sowie der Freiwilligkeit ihrer Angebote ist sie ein unverzichtbares niedrigschwelliges Angebot im Sozialraum. OKJA ist infrastruktureller Anknüpfungspunkt für weitere stadtteilorientierte Angebote und weitergehende individuelle, insbesondere präventive Unterstützungsangebote. Sie hilft bei Bedarf weitere Kontakte herzustellen und mögliche Zugangsschwellen in andere Hilfsangebote zu überwinden. Die OKJA ist Anlaufstelle auch für Jungerwachsene und erreicht insbesondere auch junge Menschen, die aus anderen Regelsystemen rausfallen.

Der 15.Kinder- und Jugendbericht des BMFSJ bestätigt die Bedeutung der OKJA für junge Menschen. „Als freiwilliges, jugendspezifisches und nicht-kommerzielles Angebot eröffnet die Kinder- und Jugendarbeit jungen Menschen Gelegenheiten, in einem organisierten Rahmen jenseits der eigenen Familie und der Schule sich mit Gleichaltrigen zu treffen, sich ohne schulische Vorgaben einbringen, neue Erfahrungen machen und auch Verantwortung übernehmen zu können“ (15.Kinder- und Jugendbericht 2017, S.365).

Der Lebenslagenbericht der Stadt Hamburg bestätigt eine steigende Armutsgefährdung bei jungen Menschen. „Bei den unter Achtzehnjährigen sind 22,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut bedroht. Damit ist die Armutsgefährdung im Vergleich zum Jahr 2015 bei Familien und unter 18-Jährigen gestiegen (Familien in Hamburg, Lebenslagenbericht 11/2017, Stadt Hamburg, BASFI, Seite 41).

Insbesondere auch für diese Familien und jungen Menschen hat die OKJA als wohnortnahes und kostenfreies Angebot zentrale Bedeutung als Anlaufstelle, Aufenthaltsort und zur Alltagsunterstützung und trägt damit zur Chancengerechtigkeit bei. Gerade für diejenigen, die sich aus finanziellen und sozialen Gründen andere Räume nicht erschließen können, tragen Politik und Verwaltung eine besondere sozialpolitische Verantwortung.

Finanzielle Entwicklung

Der zunehmende Mangel in der finanziellen Ausstattung der OKJA zeichnet sich seit vielen Jahren ab. Konsolidierungsmaßnahmen haben dazu geführt, dass immer weniger pädagogisches Personal in den Einrichtungen der OKJA zur Verfügung steht. Die politische Entscheidung einer zunehmenden Konzentration auf Regelangebote wie Kita und Schule und die Entwicklung in den individuellen Rechtsansprüchen führen dazu, dass die infrastrukturellen und präventiven Angebote im offenen Bereich als gesetzlicher Auftrag immer weiter in den Hintergrund geraten. Mit dem Ziel den Kostenanstieg in den Hilfen zur Erziehung (HZE) zu senken, wurde von der Fachbehörde ein neues Programm „Sozialräumliche Hilfen und Angebote“ (SHA) installiert. Dabei wurde versäumt OKJA als Infrastruktur zu stärken. In der irrigen Erwartung, dass die anderen Regeleinrichtungen die Bedürfnisse der jungen Menschen ausreichend abdecken, wurden mit der Einführung von SHA im Haushalt 2013/2014 die Mittel in der Rahmenvorgabe für die Offene Kinder- und Jugendarbeit, um weitere 10% gekürzt. Aus der Not wurden teilweise in den Bezirken OKJA Angebote in SHA Angebote umgesteuert, mit der Folge eines Verlustes der besonderen fachlichen Ausrichtung der OKJA. Neben der beschriebenen Kürzung verschärft sich die Situation durch weitere Tarifsteigerungen, steigenden Kosten in der Gebäudebewirtschaftung und bei den Honorarsätzen. Um insbesondere die Personalkosten zu decken, reduzieren sich die Mittel für Ersatzbeschaffungen, laufende Fachausgaben und Sachmittel in den Einrichtungen der OKJA. Das führt zu einem zunehmenden strukturellen Defizit.

Zur Abhilfe dieses strukturellen Defizits wurden von den Bezirken gesonderte Anträge zum Ausgleich der Tarifsteigerungen im laufenden Haushaltsjahr an die Fachbehörde gestellt und versucht Umschichtungen aus anderen bezirklichen Sondermitteln und Rahmenvorgaben zum Ausgleich von Defiziten vorzunehmen.

Diese Maßnahmen tragen nicht weil

- die Rahmenezuweisung schon jetzt ein strukturelles Defizit aufweist, ohne Berücksichtigung steigender Kosten durch Tarifsteigerungen, Betriebskosten, Sanierungsstau in den Bestandsgebäuden;
- sie keine längerfristige, verlässliche Finanzierung gewährleisten,
- einen hohen Verwaltungsaufwand aufgrund verschiedenster Finanzierungstöpfe verursachen,
- keine Planungssicherheit bieten,
- zu befürchten ist, dass zusätzliche und zeitlich befristete Mittel (z.B. Drs 21/3692, Drs 21/1395) nicht weitergeführt werden und damit keine Kontinuität in der Arbeit gewährleistet werden kann und
- außerdem zu befürchten ist, dass die Grenze einer solchen Verschiebestrategie schon bald erreicht sein wird.

Auswirkungen für die jungen Menschen der OKJA

Die nicht auskömmliche Finanzierung führt

- zur Schließung von Angeboten,
- zu Verringerung der Angebotsstruktur,
- zu weiterer Absenkung der Ressourcen in den Projekten bei Trägerwechsel,
- zu einem abnehmenden Interesse der auf dem Gebiet der OKJA erfahrenen und innovativen Jugendhilfeträger an Projektausschreibungen,
- zum Rückgang von Innovationsentwicklungen und Kreativität ,
- zu Sanierungsstau in den Einrichtungen,
- zu Verlust der Fachpraxis von OKJA,
- zu erschwerter Fachkräftesuche und stabiler Teambildung sowie
- zu Absicherung der Öffnungszeiten und der Aufsicht, anstatt der dringend erforderlichen Beziehungsarbeit mit den jungen Menschen.

Insgesamt ist eine Destabilisierung des Arbeitsbereiches der OKJA die Konsequenz und das bei gleichzeitig weiter wachsenden Anforderungen an Kooperationen, Netzwerke und der fachlichen Arbeit mit jungen Menschen.

Wachsende Anforderungen an die OKJA sind

- zunehmende Kooperationsbezüge von SHA und Ganztagschulen die, die Kooperation mit der OKJA brauchen, wenn Prävention und Pädagogik gelingen sollen. OKJA kann diese Anforderungen fachlich erfüllen, ist aber aus strukturellen Gründen häufig überfordert.
- die Ausweitung der arbeitsfeldübergreifenden sozialräumlichen Netzwerkentwicklungen in den Bezirken, zu deren Teilnahme die OKJA aufgefordert ist und

- Beiträge zu erbringen für neu entstehende Wohngebiete sowie einer zunehmenden Verdichtung der Quartiere. Hamburg ist eine Wachsende Stadt mit einer Zunahme von jungen (auch geflüchteten) Menschen (vgl. Lebenslagenbericht 2017 Stadt Hamburg, S.11).
- Hilfen bei der Zunahme der Armutgefährdung von jungen Menschen und ihren Familien,
- Unterstützung bei der Bewältigung der Wohnungsnot junger Menschen in Hamburg (Wohnraumenge),
- erforderliche Integrationsbeiträge für geflüchtete junge Menschen,
- Beiträge zur Demokratieförderung und Vermeidung von Radikalisierung,
- Pädagogische Unterstützung bei den Veränderungen in Gesellschaft und Leben durch die Digitalisierung sowie
- die Berücksichtigung der Bedarfslagen von Kindern mit Eingliederungshilfe.

Vor diesem Hintergrund sind Anpassungen der Rahmencostenzuweisungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie für die Personalkosten in den einschlägigen Produktgruppen in den Bezirken unerlässlich.

**Landesarbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VIII „Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“
Hamburg, 12.03.2018**